

Gedanken zu Glaube und Zeit

Nr. 410

11. 6. 2022

In dieser Schriftenreihe kommen Menschen zu Wort, die Fragen des Glaubens und der Kirche, aber überhaupt Grundsätzliches betreffend das Leben in unserer Zeit in freier Form diskutieren. Dahinter steht die Absicht, den unverzichtbaren Wert der Frohbotschaft in krisenhaften Zeiten durch Bekenntnis sowie Beispiel sichtbar zu machen und einen Beitrag zur erforderlichen Weiterentwicklung zu leisten. Nur mit einem Handeln aus verantworteter christlicher Freiheit kann die Kirche aus ihrem beklagenswerten und bedrohlichen Zustand gerettet werden. Alle, die sich dieser Auffassung anschließen, sind eingeladen, dazu einen Beitrag zu leisten – in welcher Form auch immer.

Die Aussendung erfolgt unentgeltlich per E-Mail an namentlich adressierte Empfänger in mehreren Ländern, insbesondere in Österreich, Deutschland und der Schweiz, mit deren Einverständnis. Häufig erfolgt eine Weiterverbreitung. Jede Verwendung der Texte ist frei, sofern Quelle und Verfasser angegeben und keine sinnstörenden Veränderungen oder entstellenden Kürzungen vorgenommen werden.

Die bisher in der Reihe „Gedanken zu Glaube und Zeit“ erschienene Texte sind im [Austria-Forum - das Wissensnetz aus Österreich](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit) abrufbar:
[http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube und Zeit](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit).

Bitte zu beachten:

Sollen Zuschriften an uns vertraulich behandelt werden, ersuchen wir, dies ausdrücklich anzuführen!

Matthias JAKUBEC

Demokratie und die Ethik Jesu

Vorbemerkung 1

Es muss vorausgeschickt werden, dass Jesus keine Morallehre verkündete. Er lehrte eine Lebenshaltung mit dem Ziel, den Menschen ihr Leben zu erleichtern. Dabei geht er davon aus, dass Gott die Menschen liebt, jede und jeden einzelnen, alle gleichermaßen, und dass aus diesem Von-Gott-geliebt-Sein eine Grundhaltung der Anspruchslosigkeit erwächst, die sich mit dem begnügt, was tatsächlich zum Leben erforderlich ist, und keine Angst vor der Übervorteilung durch andere hat. Daraus ergibt sich, das Lebensrecht der Mitmenschen in jedem Fall anzuerkennen. Das Gebot der Nächstenliebe ist keine Vorschrift sondern ein Angebot. Wenn du dich von Gott geliebt weißt, wirst du aus innerer Motivation heraus – intrinsisch – wollen, dass es den anderen ebenso gut geht wie dir. Auf dieser Basis ruht die goldene Regel: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut auch ihnen.“ [Mt 7,12]. Handle also so, als wärest du die von deinem Handeln betroffene Person.

Vorbemerkung 2

Wenn ich hier von „Demokratie“ spreche, meine ich das nicht auf den etymologischen Wort-sinn beschränkt als „Herrschaft des Volkes“ sondern dem heute üblichen Verständnis

entsprechend als jenes Paket staatlicher Tugenden, die entwickelt wurden, um Tyrannei zu verhindern. Diese Tugenden sind allerdings nicht auf Staatlichkeit beschränkt, sondern sollten von allen Institutionen, also auch Religionsgemeinschaften, gepflegt werden. Demokratische Verfassungen basieren auf den Grundrechten der Menschen gegenüber der Institution. Sie regeln die Verfahren zur Mitbestimmung aller Beteiligten gemäß dem Grundsatz „was alle betrifft, soll von allen gemeinsam entschieden werden“. Ein wesentliches Element zur Eindämmung von Machtmissbrauch besteht in einer gut funktionierenden Gewaltenteilung. Grundsätzlich liegt die Beschlussfassung über die Richtlinien der Institution, die Gesetzgebung, in der Hand des Plenums oder in der Hand eines vom Plenum gewählten Gremiums an Delegierten (Legislative).

Die Ausführung der Beschlüsse des Plenums liegt in der Hand einer Einzelperson, die ebenfalls vom Plenum direkt gewählt werden soll. Diese Person kann selbstverständlich Aufgaben an Mitglieder ihres Teams übertragen, trägt aber gegenüber dem Plenum die Verantwortung (Exekutive). Dass das Parlament den Regierungschef wählt und nicht das Volk, ist eher suboptimal. Erst recht, dass die Regierung dem Parlament fertige Gesetzestexte zur Zustimmung vorlegt, von „Abstimmung“ zu reden, ist da reiner Euphemismus. Schließlich braucht es eine unabhängige Judikative für Entscheidungen in Konfliktfällen, auch ein Verfassungsgericht zur Kontrolle von Legislative und Exekutive.

Demokratie als christliches Leitungsprinzip

Das Anliegen Jesu war es, die Menschen von Leiden zu befreien. So sollten sie Gottes Liebe spüren können. Er zeigte immer wieder auf, dass niemand anderen Leid verursachen muss, weil er oder sie als von Gott geliebter Mensch ja selbst kein Leid zu fürchten braucht. Für das Handeln zwischen Menschen führt dies zu einem Verhalten, wie es z.B. in den Seligpreisungen beschrieben wird.

Was nun das Handeln von Personen mit Leitungsbefugnissen gegenüber den von ihnen „Regierten“ betrifft, so könnte man es bei diesen allgemein geltenden Tugenden belassen, wenn da nicht zwei Besonderheiten zu berücksichtigen wären. Das erste ist: Macht korrumpiert. Sie geht immer einher mit der Versuchung ihres Missbrauchs. Der zweite spezielle Aspekt besteht darin, dass die Leitung immer im Gefüge einer Institution und für diese erfolgt.

Wo immer Macht missbraucht wird, driftet die Leitung ab in Richtung Diktatur. Wir beobachten diese Tendenzen auch derzeit in der säkularen Politik. Die Spanne reicht vom Extremfall Nordkorea über China, die „gelenkte Demokratie“ Russlands, die Regierung Erdogans in der Türkei mit ihrer willkürlichen Repression regimiekritischer Journalisten bis zur „illiberalen Demokratie“ in Viktor Orbáns Ungarn. Aber auch in mehr oder weniger gut regierten Ländern sehen wir regelmäßig Korruption auf Kosten der Steuerzahler und von benachteiligten Menschengruppen. Niemand will in einer korrupten Gesellschaft oder gar in einer Diktatur leben. Nicht einmal die Günstlinge des Machthabers können dort glücklich sein, weil sie ständig in der Furcht leben, was mit ihnen geschieht, wenn sie in Ungnade fallen. Und der Machthaber selbst lebt in permanenter Furcht davor, gestürzt zu werden.

Daher will vermutlich ausnahmslos jeder Mensch auf dieser Erde in einem Land leben, in dem Machtmissbrauch so gut wie möglich verhindert wird. Als Mittel dazu wurden jene Tugenden für Institutionen entwickelt, die wir heute als Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung usw. kennen. Christinnen und Christen werden, weil sie es für sich selbst so wünschen, auch für ihre Mitmenschen das in ihren Möglichkeiten liegende tun, um für diese Verhältnisse zur Verhinderung des Missbrauchs von Macht einzutreten. Wenn sie selbst Leitungsverantwortung tragen, werden sie sich an die demokratischen Strukturen binden.

Freilich sind unsere Demokratien weit entfernt von perfekt. Der eigentliche wesentliche Vorteil liegt darin, dass die Regierten mit dem Mittel der Wahlen Regierende, die sich für jene als untauglich erwiesen haben, ohne Gewaltanwendung aus ihren Ämtern entfernen können. Aber das gelingt nur, wenn sich diejenigen, die sich um die Macht bewerben, freiwillig den demokratischen Spielregeln unterwerfen und fair und gewaltfrei handeln. Demokratie lässt sich nicht erzwingen,

sondern ist wie alle jesuanischen Tugenden das Ergebnis der Einsicht, dass ihre Anwendung zum Wohl aller Beteiligten beiträgt.

Vor allem drei Aspekte gängiger Parteiendemokratien sind es, die immer wieder zu Unzulänglichkeiten führen. Erstens bedeutet die Wahl einer Partei immer die Wahl eines Paketes, eines Paketes an politischen Lösungen und eines Paketes an Personen. Als Bürger (m/w/d) will ich aber oft nur Teile davon oder einzelne Mandatare einer wahlwerbenden Liste. Dazu kommt, dass Parteien, sind sie erst einmal gewählt, sich nicht an ihr Partei- und ihr Wahlprogramm halten, oft, weil sie im Rahmen einer Koalition nicht genügend Durchsetzungskraft haben, oft aber auch aus rein taktischen Gründen. Direkte Demokratie ist meist keine Lösung. Volksvertreter werden delegiert, sich mit komplizierten Materien vertraut und entscheidungsfähig zu machen, weil uns anderen das nicht in ausreichender Tiefe möglich ist. Überlegenswert wäre, dass jede einzelne, jeder einzelne Abgeordnete unabhängig von ihrer/seiner Parteizugehörigkeit gewählt werden könnte.

Ein zweites Problem besteht darin, dass nur gewählt wird, wer genügend Medienpräsenz hat. Und Medienpräsenz haben überwiegend die, die es sich leisten können. Das führt fast zwangsläufig zu einer Herrschaft der Reichen, einer Plutokratie. In der westlichen Welt machte sich sogar der Gedanke breit, Kapitalismus und Demokratie seien zwei Seiten derselben Medaille. Dass dem gar nicht so ist, beweist China. Leider gibt es dort nicht kapitalismusfreie Demokratie, sondern demokratiefreien Kapitalismus. Das Problem mit den Superreichen ist nicht, dass Sie Besitz haben, den man Ihnen neidisch wäre, sondern dass sie sich mit ihrem Reichtum auch in einer Demokratie Macht und Einfluss kaufen und so das Prinzip „eine Stimme pro Kopf“ praktisch aushebeln. Linderung des medialen Ungleichgewichts könnten Abstimmungsbüchlein bringen, in denen sich jeder Kandidat (m/w/d) auf gleichem verfügbarem Raum vorstellen kann und die von der Wahlkommission jeder wahlberechtigten Person zugestellt werden.

Eine dritte Unzulänglichkeit besteht in der häufig mangelhaften Gewaltenteilung in demokratischen Staaten. Oft setzt der Legislativkörper, das Parlament, die Exekutive, also die Regierung, ein. In den USA ist das besser, dort wird der Präsident unabhängig vom Kongress gewählt, aber fast überall haben die Regierungen zu viel legislative Macht. (Dass die US-Amerikaner ein Problem mit dem Zugang zum aktiven Wahlrecht haben, steht auf einem anderen Blatt.) Einen speziellen Fall finden wir in der Europäischen Union, wo das wichtigste gesetzgebende Organ, der Rat, aus den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, also Vertretern der Exekutive, besteht. Hier führen Regierungen Gesetze ein, die sie zuhause gegen ihre Parlamente nicht durchbringen. Dieses System ist eine Folge dessen, dass die EU auf multilateralen Verträgen beruht, für deren Abschluss die jeweiligen Regierungen, die Exekutive, der Mitglieder zuständig waren.

Trotz dieser Unvollkommenheiten implementieren Demokratien die goldene Regel wesentlich besser als jede „Starker Mann“-Regierung, auch besser als jede Monarchie, soweit nicht der Monarch durch eine Konstitution auf Repräsentationsfunktionen ohne reale Führungsmacht reduziert ist. Der „gütige Herrscher“ ist eine Legende, die Güte des Herrschers endet stets dort, wo ihm jemand die Macht streitig machen will. Dort beginnt dann jeweils Unterdrückung und Folter bis hin zum Mord.

Neben dem Willen, sich zum Wohl aller an die demokratischen Regeln zu halten, benötigt das Funktionieren derselben weitere Voraussetzungen. Zwei erscheinen mir besonders wichtig. Einerseits ist es notwendig, dass die materiellen Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden können. Wo Verteilungskämpfe herrschen, ist Demokratie schwer möglich. Jesus sieht das aber als gegeben an, wie die Gleichnisse von den Vögeln des Himmels und den Lilien auf dem Feld zeigen. Wo die goldene Regel gelebt wird, ist jedenfalls genug für alle da, so seine Haltung. Der Wirtschaftswissenschaftler Amartya SEN ist darüber hinaus der Auffassung, dass umgekehrt Demokratie zu materieller Grundsicherung führt. Eine seiner Thesen lautet, es habe nie eine Hungersnot gegeben in einem Staat mit funktionierenden demokratischen Strukturen.

Eine andere Voraussetzung für das Gelingen von Demokratie erscheint mir eine mehr oder weniger vollständige Alphabetisierung des Wahlvolks zu sein. Nur wenn die Wählerinnen und

Wähler ein Mindestmaß an Medienkompetenz besitzen, werden sie in der Lage sein, sinnvolle Einschätzungen der von ihnen zu Wählenden vorzunehmen.

Viele Menschen halten Demokratie für zu schwerfällig, besonders in Krisenzeiten, und wünschen sich autokratische Machthaber, von denen sie offensichtlich annehmen, dass sie in ihrem, der Regierten, Interesse handeln würden. Sie schieben die Erfahrung beiseite, dass absolute Macht absolut korrumpiert, oder sehen sich gar selbst als Nutznießer der Korruption. Es ist Aufgabe von uns Christen, diesen nicht zu Ende gedachten Machtphantasien den Wert der Demokratie im Sinn des Gebots der Nächstenliebe und der goldenen Regel

Dipl. Ing. Matthias Jakubec ist 1. stellvertretender Vorsitzender der Plattform „Wir sind Kirche“.

Kontakt:

Emer. O. Univ. Prof. Dr. Heribert Franz Köck, 1180 Wien, Eckpergasse. 46/1,

Tel. (+43) 660 14 13 112 , heribert.koeck@gmx.at

Volksanwalt i. R. Dr. Herbert Kohlmaier. 1230 Wien, Gebirgsgasse 34,

Tel. (+43) 676 516 48 46 , kohli@aon.at

Unter diesen Adressen ist auch eine Abbestellung der Zusendungen möglich!